Nr. 8 * * * 33. Jahrgang

Berlin, den 19. Februar 1927

# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. – Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,— Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark – Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Der Aufmarsch.

Bereitsein ist alles, sagt ein bekanntes Wort. Es trifft auf unsere Vorbereitungen zur Tarifbewegung wie selten eins zu. Die Kollegen und Kolleginnen sind bereit, wie die Berichte aus allen Orten erkennen lassen. Von der Verbandsleitung braucht dazu wenig gesagt zu werden. Es ist so gekommen, wie jeder, der die Situation richtig zu beurteilen weiß, vorausgesehen hat. Der Vorstoß der Unternehmer wird richtig pariert. Die Beschlüsse der Verbandsinstanzen haben überall entsprechende Würdigung gefunden, sind sogar freudig von der Kollegenschaft begrüßt worden. Kein Ort will hinter dem anderen zurückstehen, die Kollegen wissen, was sie wollen. Viele Kollegen tun aus freiem Ermessen mehr als von ihnen verlangt wird. Sie steuern zum großen Teil das Doppelte zur Stärkung des Kampffonds und geben so Kleinmütigen und leicht Verzagten ein prächtiges Vorbild. Wir können, hier ein altes Kriegerwort variierend, nicht mehr daran zweifeln, daß man mit solchen Truppen siegen wird.

Das erste Treffen, das die Gehilfen liefern werden, ist bereits im Gange. Die Tarifverhandlungen der Buchdrucker haben begonnen. Ihr Ausgang wird sich auch auswirken auf unsere Verhandlungen. Doch darüber hinaus haben wir noch besondere Positionen zu verteidigen. Seit Jahren stürmen nun schon die Unternehmer gegen uns an, erreichen nichts und kommen trotzdem nicht zur Einsicht. Jedes Jahr sind wir gezwungen, sie zurückzuweisen, was uns weiter nicht weh tut, aber hat die Taktik der Unternehmer einen Zweck? Ihnen bringt sie bestimmt keinen Erfolg, die Arbeitsfreudigkeit wird dadurch nicht gehoben, das sogenannte gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter nur gestört, denn unsere Gegenmaßnahmen werden den Buchdruckereibesitzern große Freude wohl nicht bereiten. Wir haben keine Absicht und auch kein Recht, uns in die innerorganisatorischen Angelegenheiten der Unternehmer einzumischen, uns scheint aber, als ob die Buchdruckereibesitzer schlecht beraten sind. Doch sollen sie das mit ihrer Leitung ausmachen. Wir wehren uns nur dagegen, den Prellbock zwischen übelgelaunten, verärgerten und rückständigen Betriebsinhabern und ihrer Organisationsleitung abzugeben.

Gewiß die Unternehmer im Buchdruckgewerbe haben gelernt. Vor Jahren waren ihnen die Hilfsarbeiter noch nicht tarifreif, jetzt denken sie ernstlich nicht mehr daran, vom Tarif loszukommen. Sie tun nur manchmal so. Wie heute wieder. Sie werden noch mehr hinzulernen und ihre unklugen Manöver aufgeben müssen. Noch sind sie nicht so weit, doch die Stunde wird kommen, da sie sich selber sagen, wir sind manchmal recht unbesonnen und schlecht beraten gewesen.

Vorläufig ist ja nun nichts zu ändern, aber vielleicht dient ihnen der böse Reinfall, den sie diesmal bestimmt erleben werden, zur Lehre. Wenn nicht, nun wir fahren nicht schlecht dabei, so oder so, uns bringt's immer Gewinn. Der Ruf an unsere Mitglieder ist verstanden worden, die Hilfsarbeiter stehen bereit. Unser Aufmarsch ist nahezu beendet. Wir sind so gestellt, daß wir uns sogar jede drohende Geste ersparen können. Nur der recht unfreundlichen Art der Unternehmer mußten wir ein paar passende Worte widmen.

Auch verschiedene graphische Kartelle haben sich mit der Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe befaßt. Eingehende Behandlung hat dort wie natürlich auch in der Versammlungen der Buchdrucker und Hilfsarbeiter das Ueberstundenunwesen gefunden, daran ist ja eigentlich die gesamte Arbeiterschaft beteiligt. Den Ueberstundenunfug einzudämmen sind alle Kollegen und Kolleginnen verpflichtet, darüber waren sich die Delegierten in den graphischen Kartellen einig, entsprechende örtliche Weisungen sind an die Kollegen und Kolleginnen ergangen, die streng zu befolgen sind. Wir haben bei der von den Unternehmern jetzt und bei den gewesenen Lohnverhandlungen beliebten Art nicht die geringste Ursache, ihnen besondere Gefälligkeiten zu erweisen.

## Unser Lohn sinkt ständig.

Wir erinnern uns alle der famosen Begründung des Schiedsspruches der Unparteiischen im Zentralschlichtungsamt, den der Reichsarbeitsminister auf Antrag der Unternehmer verbindlich erklärt hat. Gewunden und sehr vorsichtig kam darin zum Ausdruck, daß eine wesentliche Verschlechterung der Lebenshaltung nicht festgestellt werden konnte. Wie steht es aber nun wirklich mit den Reallöhnen.

Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" bringt die Zusammenstellung der Tariflöhne für das Jahr 1926. Es geht daraus hervor, daß die tarifmäßigen Stundenlöhne für Gelernte im Verlauf des Jahres 1926 sich nur um 0,9 Proz. (gegen 18,8 Proz. im Vorjahr), für Ungelernte um 1,1 Proz. (gegen 18,5 Proz. im Vorjahr) erhöhten. In den Produktionsmittelindustrien sind die tarifmäßigen Stundenlöhne von Januar bis Dezember 1926 für Gelernte und Ungelernte gleichmäßig um je 0,9 Proz. gestiegen, in den Verbrauchsgüterindustrien dagegen im Laufe des ganzen Jahres nur um 0,1 Proz. für Gelernte, 0,6 Proz. für Ungelernte. Das heißt, die Löhne sind auf der ganzen Linie fast unverändert geblieben: die geringfügige Steigerung von weniger als ein Prozent kommt gar nicht in Betracht. Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts hat sich die Indexziffer der Lebenshaltungskosten von 139,8 Proz. im Januar 1926 auf 144,3 Proz. im Dezember, d. h. um 4½ Proz. erhöht. So hat das Statistische Reichsamt die Angaben dafür geliefert, daß die Löhne in diesem Jahr in geringerem Maße gestiegen sind, als die Lebenshaltungskosten, mit anderen Worten: die Reallöhne sind im Jahre 1926 gesunken.

Da für die Arbeiter des Buchdruckgewerbes das vergangene Jahr überhaupt keine Lohnerhöhung gebracht hat, kommt nicht einmal der winzige Prozentsatz von sechs Zehntel für uns in Betracht. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt, die durch die Rationalisierungsbestrebungen der Industrie verursacht wird, machen sich eben auch unsere Unternehmer zunutze. Wenn möglich, wollen sie uns noch den bestehenden Tariflohn kürzen. Die Arbeiter können ja ein paar Ueberstunden mehr machen, um zu ihrem Gelde zu kommen.

## Freundliche Aussichten auf die Zukunft.

Nach der Zusammensetzung der neuen Regierung im Reich dürfen wir Arbeiter auf allerhand — nur nichts Gutes — gefaßt sein. Glaube keiner von unsern Kollegen, daß uns eine solche Regierungsbildung wenig oder nichts angeht. Auf unsere rein gewerkschaftliche Tätigkeit werden die neuen Männer starken Einfluß nehmen wollen, auch auf Tarifverhandlungen, die selten ohne behördliche Einmischung zu Ende geführt werden, färbt die politische Einstellung der Kabinettsmitglieder ab, die in der Mehrheit Anhänger der Werksgemeinschaften sind, also für die „vaterländische" Arbeiterbewegung schwärmen. Denken wir auch daran, daß der Vermittler bei der Regierungsbildung zwischen den Parteien und zu gleicher Zeit der Treiber zum Bürgerblock seltsamerweise der Reichsarbeitsminister war. Dr. Brauns gehört bereits 11 Reichskabinetten an; er, der ölige Mann im Priesterkleid, ist sehr anpassungsfähig. Er galt als fortschrittlich, in Wirklichkeit ist er einer der rechtsstehenden Zentrumsleute. Und das trotz seiner Eigenschaft als Arbeitsminister. Die Gewerkschaften sind es ja in erster Linie, die mit diesem Reichsarbeitsminister zu arbeiten haben. Er hat uns schon manche Enttäuschung gebracht, groß war er allein im Versprechen. Die Arbeitszeit sollte nach seinen Worten längst eine gesetzliche Regelung erfahren. Bei Worten ist es bisher geblieben. Nun müssen wir unsere Hoffnungen vollständig begraben. Die Gewerkschaften werden Herrn Brauns im Auge behalten. Nötigenfalls ist gerade ihm der schärfste Kampf der Arbeiterschaft in Aussicht zu stellen.

Der größte Teil der Beamten wird sich sogar freuen, unter Männern ihres Schlages arbeiten zu können. Die „Allg. Deutsche Beamtenzeitung", das Organ der freiorganisierten Beamten, bringt fast in jeder Nummer einige Fälle zur Sprache, die beweisen, wie aufrechte republikanische Beamte unter den Drangsalierungen ihrer kaisertreuen Kollegen und Vorgesetzten zu leiden haben. In ihrer Nr. 16 bringt sie zwei lustige Vorgänge zur Kenntnis, die aber trotzdem sehr ernst zu denken geben. Wir lesen da:

### Der Stingl-Adler.

Der verflossene Reichspostminister Stingl hat uns nicht allein den Fridericus-Rex zum täglichen Hausgebrauch serviert, sondern auch dafür gesorgt, daß der Fridericus-Adler auf den Knöpfen seiner Beamten nicht locker wird, was folgende Entscheidung des Haupttelegraphenamts Berlin schlagend beweist:

„In dem Umstande, daß" — ist das nicht herrlich, dieses Fridericus-Deutsch! — „in dem Umstande, daß einige hiesige Obertelegraphensekretäre Adlerschilder auf den Achselstücken tragen, kann nicht das Adlerbild als solches, sondern allenfalls dessen Form beanstandet werden. Ich werde den beteiligten Herren von Ihrem Schreiben Kenntnis geben und ihnen anheimstellen, ihre Adler gelegentlich durch andere zu ersetzen. Zu einer diesbezüglichen Anordnung bin ich jedoch nicht berechtigt, da die Dienstbekleidungsstücke Privateigentum sind. Auch besagt ein Bescheid des Reichspostministeriums von 1922, daß die Ersetzung der Knöpfe und Abzeichen der früheren Staatsform weder den Beamten zugemutet noch auf amtliche Kosten besorgt werden können. (Dieses Deutsch!) Ich verfehle nicht, darauf hinzuweisen, daß auch die zum Tragen gestatteten Kriegsauszeichnungen, z. B. E. K. I., Hoheitszeichen der alten Art enthalten.

Gez. Zeller (oder so ähnlich)."

Ich verfehle nicht, darauf hinzuweisen, daß hoffentlich recht bald dieser Republik solche republikanische Säulen à la Zeller weder zugemutet noch auf amtliche Kosten mehr besorgt werden dürfen.

### „Waschlappen" und „Zuchthäusler" befördern die Landjägerei.

Im schwärzesten Pommern, in Collatz bei Köslin, fand am 15. November 1924 eine politische Versammlung statt, bei der ein deutschnationaler Redner das preußische Staatsministerium mit den freundlichen Worten „Waschlappen" und „Zuchthäusler" titulierte. Wie aus Erz gegossen, saßen die beiden Landjäger K. und P. dabei und rührten keinen Finger dazu. Auf die erste Beschwerde erklärte der Herr Regierungspräsident von Köslin: „Ein Grund zum Einschreiten hat sich nicht ergeben. Eine Beförderung der Beamten kommt nicht in Frage." Vier Wochen darauf waren die beiden tatsächlich „Hauptwachtmeister", worauf der Regierungspräsident eine neuerliche Beschwerde mit den Worten abtat: „Nach Aenderungen der Beförderungsbestimmungen waren die beiden Beamten nach Gruppe 6 zu befördern. Ihrer politischen Gesinnung war dabei nicht nachzugehen. Ich verweise auf Artikel 130 der Reichsverfassung. I. V. gez. Berthold."

Das ist ja großartig! Man beschimpfe den Minister „Waschlappen" oder „Zuchthäusler" und morgen bist du in Pommern Regierungsrat!

Was uns solche Vorfälle lehren, fragst du, lieber Kollege. Nun zweierlei. Zuerst kümmere dich darum, wie dein Kollege und deine Kollegin bei den Wahlen zu allen Körperschaften wählen und tue das schon jetzt, nicht erst bei Wahlbewegungen. Dann aber unterstütze die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung. Es darf keinem Arbeiter gleichgültig sein, wie ein Beamter organisiert ist. Diese Hilfe wird den Arbeitern selbst sehr dienlich und nützlich sein. Auf den Arbeits-, Finanz- und Versicherungsämtern, bei der Post, Polizei, auf dem Gericht, bei allen Behörden sitzen Beamte, die den freiorganisierten Arbeitern nicht wohlwollen. Wir haben die Pflicht, mit dahin zu wirken, daß die freien Beamtengewerkschaften erstarken. Sie bieten Gewähr dafür, daß endlich mit den gekennzeichneten rückständigen, uns und der Republik feindlichen Elementen aufgeräumt wird und diese skandalösen Zustände aus der Republik verschwinden.

## Sie wollen die Köpfe der Millionen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat den Besitzer gewechselt. Das bisher im Besitze der deutschen Regierung befindliche Aktienpaket ist auf die Privatwirtschaft übergegangen. Nunmehrige Besitzer sind: Die Großschiffahrt, der Großhandel und die Schwerindustrie. Das Uebernahmekonsortium steht unter Führung Albert Böglers, der bekanntlich Generaldirektor des Stahltrustes ist. Diese Tatsache verdient registriert zu werden. Denn es ist ein Symbol der Zeit, daß die Privatwirtschaft in immer stärkerem Maße nach den Organen der öffentlichen Meinung greift, mit dem Ziele, diese zu beherrschen. Das erwähnte Organ hat in letzter Zeit öfter den Besitzer gewechselt. Als „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" war sie Jahrzehnte hindurch das offizielle Organ der deutschen und preußischen Regierung. In der Inflation ging sie auf Hugo Stinnes über. Dieser änderte den Namen, vergrößerte sie auf amerikanisches Format und ließ sie in seinem Sinne leiten.

Aus der Stinnesmasse ging die „DAZ." auf die deutsche Regierung über. Anreger dieses Zeitungskaufes soll das Auswärtige Amt gewesen sein. Nunmehr hat das industrielle Großkapital von dieser großen Berliner Tageszeitung wiederum Besitz ergriffen. Dieser Versuch seitens der Großindustrie, die öffentliche Meinung durch eigene Organe zu beeinflussen, ist nicht neu. In der „Post" versuchte bereits der König von Saarabien, der Scharfmacher Stumm, großkapitalistische Politik unter das Volk zu bringen. Daneben war es noch der „Deutsche Kurier", der in der Vorkriegszeit denselben Zwecken dienen sollte. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" ist und war das mächtige Provinzorgan der Schwerindustrie. Das waren immerhin nur geringe Ansätze auf diesem Gebiete. Erst der ehemalige Kruppdirektor Hugenberg ging großzügig vor, indem er den großen Scherl-Verlag in Berlin aufkaufte. Damit gerieten große Tagesblätter neben leistungsfähigen Druckereiunternehmungen, Bücherverlage, Korrespondenzbureaus usw. in den Besitz der Großindustrie. Dieser Einfluß der Großindustrie auf das öffentliche Leben Berlins ist in den letzten Jahren gar oft sehr unangenehm in Erscheinung getreten. Doch scheint dies noch nicht genügt zu haben, der Aufkauf der „DAZ." mag dies beweisen.

Für die arbeitende Bevölkerung muß dies eine Warnung sein. In einem demokratischen Gemeinwesen ist die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die geistige Beherrschung einer großen Masse von Menschen, von großer Bedeutung. Das weiß natürlich die Großindustrie sehr genau. Es kommt nicht von ungefähr, daß Bögler, der Leiter des Stahltrustes, an der Spitze des Uebernahmekollegiums steht. Der Stahltrust will ähnlich wie der Stinneskonzern in Berlin durch eine große Tageszeitung vertreten sein. Bögler und seine Getreuen haben bekanntlich auch die Herausgabe von Werkzeitungen in die Wege geleitet und werfen dafür Millionen aus. Mit ihrer Hilfe hofft man unmittelbar an die Arbeitermassen im Betrieb heranzukommen. Auch die Schaffung des Deutschen Instituts für technische Arbeiterschulung liegt in dieser Linie.

Alle diese Maßnahmen sind einzelne Glieder in der Kette. Der Generalsturm auf die Köpfe der Millionen soll auf der breitesten Linie unternommen werden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen ihre Köpfe vor jeder Beeinflussung von anderer Seite bewahren. Sie verfügen über eigene Organe der öffentlichen Meinung. Diese gilt es mit allen Mitteln zu stärken. Unterstützt deshalb die sozialdemokratische Arbeiterpresse. Aber nicht in letzter Linie: lest und unterstützt eure Gewerkschaftspresse. Sie ist der beste Freund der arbeitenden Klasse. Dann mögen die anderen Zeitungen kaufen so viel sie wollen.

## Das soziale Programm der Bürgerblockregierung.

Die Erörterung über sozialpolitische Fragen nimmt im Programm der Bürgerblockregierung einen sehr breiten Raum ein. Nimmt man aber dieses sozialpolitische Programm im einzelnen unter die Lupe, so kann man bei fast keinem einzigen Punkt irgendeinen greifbaren sozialpolitischen Fortschritt feststellen. Die vielen Worte können uns darüber nicht hinwegtäuschen. Viel ist im Programm von der Arbeitszeitfrage die Rede, doch ist der Ertrag nur äußerst gering. Die Arbeitszeitfrage soll im kommenden Arbeitsschutzgesetz geregelt werden. Dieses Gesetz wird jedoch voraussichtlich erst in ein bis zwei Jahren fertig sein, und der Entwurf ist in der gegenwärtigen Form vollkommen unannehmbar. Sämtliche Gewerkschaften fordern ein Notstandsgesetz für die Regelung der Arbeitszeit und zur Eindämmung des Ueberstundenunwesens. Das Regierungsprogramm will zwar „durch Uebergangs- und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitszeit beseitigen", hat jedoch die Absicht zur Einbringung eines Notstandsgesetzes bisher verschwiegen. Inzwischen dauert das Ueberstundenunwesen und die lange Arbeitszeit in den Tarifverträgen weiter fort. Die Schlichtungsinstanzen zeigen in der Arbeitszeitfrage trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit kein Entgegenkommen. Bezeichnend für die Lage ist, daß die Lohnforderungen der Buchdrucker vom Schlichtungsausschuß mit der Begründung abgelehnt wurden, weil ja den Buchdruckern durch Ueberstunden Gelegenheit zum Mehrverdienst geboten wird. Bei der Erneuerung der Tarifverträge in der sächsischen Textilindustrie wurde vom Schlichtungsausschuß die 53stündige Arbeitswoche weiter aufrechterhalten. Es kommt sogar vor, daß Arbeitgeberverbände auf ihre Mitglieder, die mit einer kürzeren Arbeitszeit einverstanden wären, einen Zwang zur Beibehaltung längerer Arbeitszeit ausüben, wie dies im Falle des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien der Fall war. In einer Konferenz der Bergarbeiter wurde kürzlich ausgeführt, daß im dritten Quartal 1926 Ueberschichten in einer Zahl gefahren wurden, daß an deren Stelle nicht weniger als 30 000 Bergarbeiter, d. h. die ganze Masse der arbeitslosen Bergleute, hätte beschäftigt werden können. Trotzdem hat der Zechenverband, als kürzlich der Verband der Bergarbeiter den Manteltarif und das Mehrarbeitsabkommen kündigte, seinerseits den Tarifvertrag, der unlängst höhere Löhne festsetzte, gekündigt, als Zeichen dafür, daß er von der Ueberarbeit nicht abgehen will. Ueber die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens enthält das Regierungsprogramm einen Satz, der zwar schön aussieht, im wesentlichen aber nur als eine Falle zur Verhinderung der Ratifizierung anzusprechen ist. Es heißt dort, daß die Regierung bereit sei, das Abkommen „bei entsprechendem Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer zu ratifizieren", d. h. Deutschland soll das frivole Spiel mitmachen, das mit dieser Ratifizierung seit Jahren getrieben wird, wobei ein jeder Staat erklärt, das Abkommen ratifizieren zu wollen, falls die anderen die Ratifizierung bereits vollzogen haben. Richtig gelesen, bedeutet daher die Regierungserklärung in diesem Punkte statt eines Fortschritts einen Rückschlag. Der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge wurden im Programm lange Ausführungen gewidmet. Eine kürzlich erschienene Denkschrift über die bisherige Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zeigt die außerordentlich geringen Erfolge, die bisher erzielt wurden. Als Mitte vorigen Jahres das Programm aufgestellt wurde, erhoffte man von den geplanten Maßnahmen die Unterbringung von 500 000 Arbeitslosen. In Wirklichkeit hatten diese Maßnahmen, die nur zu einem geringen Teil durchgeführt wurden, keine erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes zur Folge. Wenn in den Herbstmonaten die Arbeitslosigkeit zurückging, so war dies die Folge der Konjunkturbelebung infolge des englischen Bergarbeiterstreiks und der allgemeinen Konjunkturverbesserung. Die in den Wintermonaten wieder gewaltig erhöhte Arbeitslosigkeit ist erheblich größer, als daß sie allein auf Saisoneinflüsse zurückgeführt werden könnte. Betrug doch die Zahl der unterstützten Erwerbslosen Ende Januar 1 834 000; die Verbesserung der Arbeitsmarktlage Anfang Februar war nur sehr mäßig. Die Zahl der Notstandsarbeiter hat vom Mai bis Dezember sogar sehr erheblich, um 4600 abgenommen. Die Kosten der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms waren auf eine Milliarde geschätzt, wovon aber nur etwa 630 Millionen verwendet wurden. Gesteigerter Wohnungsbau soll dem Regierungsprogramm zufolge die Lage des Arbeitsmarktes verbessern. Ein Wohnbauprogramm, das für mehrere Jahre im voraus hätte fertiggestellt werden müssen, ist selbst für das Jahr 1927 noch nicht vorhanden. Die Regierung stellt nun den schrittweisen Abbau der Zwangswirtschaft in Aussicht. Dazu sollen die Mieten demnächst gesteigert werden; eine allgemeine Mieterhöhung um 20 Proz. steht zu erwarten. Die Arbeitnehmer stehen angesichts der bevorstehenden Mieterhöhungen in einer schwierigen Lage. Die Tariflöhne wurden trotz der Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der Verbesserung des Geschäftsganges in einer Anzahl von Industriezweigen und trotz der ungeheuren Gewinne der Großkonzerne in der letzten Zeit nicht oder kaum wesentlich erhöht. Im Dezember 1926 waren nach Angaben des Statistischen Reichsamts die durchschnittlichen Tariflöhne nicht höher als im September. Die Löhne in der Textilindustrie, wo sich die Konjunktur für die Unternehmer ganz außerordentlich günstig gestaltete, wurden in manchen Bezirken erhöht, in Schlesien und im rechtsrheinischen Gebiet um 6 Proz., in Baden um 8 Proz. Diese Erhöhungen sind aber angesichts der bisherigen Hungerlöhne in der Textilindustrie vollkommen unbefriedigend. Die Ende Februar oder März ablaufenden Tarifverträge mußten in den meisten Industriezweigen gekündigt werden, andererseits bestehen Tarifverträge, die, kürzlich erst erneuert, bis zum Sommer bzw. Herbst laufen. Mit Lohnerhöhungen, die allein zum Ausgleich der Mietsteigerung dienen sollen, ist den Arbeitnehmern nicht gedient, weil man ihnen nicht zumuten kann, eine Lohnerhöhung ausschließlich für die Hausbesitzer zu erkämpfen. Sie müssen ihre Lohnforderungen zur Verbesserung ihrer eigenen Lebenshaltung stellen. Die Arbeitgeber verwahren sich aber bereits jetzt gegen eine „doppelte" Lohnforderung, einmal als Entgelt für Mietsteigerung, dann aber zur Lohnaufbesserung. Sie wären nur zu einer Lohnsteigerung bereit, die in die Tasche der Hausbesitzer fließen würde. So wird die Wohnbaupolitik des Bürgerblocks zu heftigen Lohnkämpfen führen, und es ist zu befürchten, daß die Lohnpolitik der von ihr beeinflußten Schlichtungsausschüsse die schwere Lage noch verschärfen wird. Das Regierungsprogramm verspricht die energische Förderung der Siedlungspolitik. Die Deutschnationale Partei, der politische Exponent des Reichslandbundes, führt in letzter Zeit die Förderung der Siedlungspolitik dauernd im Munde. Man weiß aber, worin die Siedlungspolitik dieser Kreise besteht. Sie besteht allein darin, die Führung des Siedlungswesens in die Hand zu bekommen, um dann eine jede Maßnahme zu verhindern, die den Interessen des Großgrundbesitzes zuwiderläuft. Von einer deutschnationalen Siedlungspolitik haben wir wirklich nichts zu erwarten.

Auch von der Organisierung der Arbeitsvermittlung ist im Programm die Rede. Es wäre interessant, zu wissen, wie die Regierung die Arbeitsvermittlung zu reorganisieren gedenkt. Heute steht die Arbeitsvermittlung bei den Behörden, die Gewerkschaften

## Zerrissenheit.

Von Felix Riemkasten.

Ich bitte um Mitleid. Ich weiß nun gar nimmer Bescheid in der Welt. Ich kann vorn und hinten nicht mehr unterscheiden, und wenn ich mich umdrehe oder auf den Kopf stelle, dann ist's mir, als ginge eine Kaffeebohne durch das Mahlwerk in der Mühle. Ich habe allerlei in der Schule gelernt und die werten Männer im schwarzen Talar haben es mir alle bestätigt, und die gelehrten Leute sagen es heute noch und die Blätter schreiben es und die Minister reden es — davon gehe ich nächstens noch kaputt, denn alles dies ist umgekehrt, just richtig umgekehrt gegen das, was ich mit meinen zwei natürlichen Augen im Kopfe zu sehen gehabt zu haben fest meine und glaube.

Kurz und gut: Die Welt ist entweder ein Affenstall oder ich bin hoffnungslos verrückt. Ihr sollt mir nun alle sagen und raten und helfen und mich, wenn es geht, wieder lotrecht auf meine zwei Beine stellen.

Ich meine nämlich immer folgendes zu sehen:

Die da nicht arbeiten, fahren sänftlich im Wagen, aber die da müde sind vom schweren Werk, die marachen sich ab am langen Heimweg. Die Bäder sind nicht für die Kranken, sondern für die Bezahlenden. Eine feine Dame trauert sieben Tage eingeschlossen im Zimmer um den Tod ihres geliebten Kindes. Die Diener huschen leise dahin, feierliche Kerzen brennen und alle Welt bemüht sich, dem Schmerz der Dame ehrend zu begegnen.

Eine arme Frau bleibt nur einen halben Tag aus der Fabrik fort, um ihr Kind zu begraben. Morgen geht sie wieder. Der halbe Tag wird ihr am Lohn abgezogen.

Ich sehe, daß viele gar nicht arbeiten, Ehre genießen und Lust um Lust verprassen.

Ich sehe graue Millionen von Arbeitern, die von nichts wissen, von der Welt nicht, von keiner Lust, keiner Zukunft.

Ich sehe Krankenhäuser . . .
. . . und Zuchthäuser. . . .
. . . und Villenviertel. . . ,
. . . und Kirchen. . . .

Ein Dichter versinkt schamvoll und gepeinigt in lähmende Ohnmacht wegen einer Schusterrechnung. . . .

Ein dicker Mann im Pelz kauft sich zehn gute Zigarren.
Ein Priester segnet die Welt. . . .
Ein Richter setzt seine Kappe auf. . . .
Ein Minister redet seine Rede. . . .
Ein Arbeiter liest ein bürgerliches Blatt!
Da wundere ich mich über nichts mehr.

---

## Maschinenherzen.

Um das Jahr 500 vor unserer Zeitrechnung lebte ein Schüler des Religionsbegründers Confucius Dieser Schüler sah einmal, so berichten die Schriften des Dschnang Dsi, einen Gärtner, der stets in den Brunnen hinunterstieg, um da unten das Wasser zum Begießen seiner Beete zu schöpfen. Der Schüler des Confucius fragte darauf den Gärtner, warum er sich seine Schöpfarbeit nicht erleichtere. „Erleichtern?" fragte der Gärtner. „Wie denn?" Da sprach des Confucius' Schüler: „Nimm dir doch einen hölzernen Hebelarm, den du hinten beschwerst, so daß er vorn leichter ist, und hole dir mit ihm das Wasser aus dem Brunnen. Dann brauchst du nicht jedesmal hinabzusteigen. Man nennt das einen Ziehbrunnen." Aber der Gärtner antwortete: „Ich habe von meinem Lehrer gelernt, wer Maschinen benutze, der betreibe all seine Geschäfte maschinenmäßig. Wer seine Geschäfte aber maschinenmäßig betreibt, der bekommt ein Maschinenherz, und wer ein Maschinenherz in der Brust hat, dem geht die reine Einfalt verloren."

Welch ein tiefes und weises Wort von einem schlichten Mann des Volkes 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung! Habt acht, daß Maschinen euch nicht ertöten! Laßt Maschinen nicht die Vernichter eurer Seele sein! Wer Maschinen arbeiten läßt, bekommt ein Maschinenherz.

Und sie lassen heute Maschinen arbeiten und sie geben den Maschinen Menschen, lebendige, warmblütige Menschen bei zum Dienste der Maschine. Sie geben diese Menschen der Maschine in Fron. Und sie werden hart bei ihrer Ausnutzung der Maschine. Sie werden Wirtschaftsherren, Maschinenunternehmer mit Maschinenherz.

Die Maschine herrscht heute, aber sie soll dienen. Und nur wenn sie dient und der Mensch herrscht, ist das Leben sittlich, schlicht, edel, rein, so, wie es das Volk will, 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung wie heute.

***************************************

Wer sich selbst recht kennt, kann sehr bald alle anderen Menschen kennenlernen. Es ist alles Zurückstrahlung.

*

Jeder Mensch hat auch eine moralische Rückseite, die er nicht ohne Not zeigt, und die er solange wie möglich mit den Hosen des guten Anstandes zudeckt.

*

Vom Wahrsagen läßt sich wohl leben in der Welt, aber nicht vom Wahrheit sagen.

fordern aber deren Ausgestaltung im Sinne einer wirklichen Selbstverwaltung, die nicht allein auf dem Papier stehen soll. Die Regelung der Arbeitsvermittlung ist um so wichtiger, weil sie mit weitgehenden Folgen für die Arbeitslosenversicherung verbunden ist. In bezug auf die gesetzliche **Arbeitslosenversicherung** will die Regierung den dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf möglichst vor dem 1. April verabschieden. Wie sehr man auch wünschen muß, daß an Stelle der gegenwärtigen unzulänglichen Erwerbslosenfürsorge, deren Mängel durch die letzten Verordnungen zur Lockerung der Bedürftigkeitsprüfung und zur Verlängerung der Bezugsdauer für bestimmte Gruppen nicht aufgehoben wurden, eine allgemeine Arbeitslosenversicherung treten soll, so enthält doch der Gesetzentwurf so offenkundige Mängel und ist in allen Teilen derart verbesserungsbedürftig, daß seine überstürzte Erledigung nicht verantwortet werden kann. Die Forderungen der Gewerkschaften betreffen vor allen Dingen Verwaltungsfragen. Die Selbstverwaltung der Versicherten ist im letzten Entwurf noch unvollkommener als in den früheren. Die Gewerkschaften möchten die Arbeitslosenversicherung aus der „kommunalen Umklammerung" befreien und wollen straff durchorganisierte, örtliche, bezirkliche und zentrale Arbeitsnachweise auf Grund einer wirklichen Selbstverwaltung zum Träger der Versicherung machen. Nicht weniger unbefriedigend ist die Lohnklasseneinteilung, die in ihren unteren Klassen kein Existenzminimum für den Arbeitslosen bieten kann, des weiteren die Verlängerung der Anwartschaft, die kurze Dauer der Arbeitslosenunterstützung, die Versorgung der Ausgesteuerten (Krisenfürsorge). Erbauliche Worte enthält das Regierungsprogramm über die Wichtigkeit der Sozialversicherung überhaupt. Ihre Aufrichtigkeit wird das Verhalten der Regierung bei der Invaliden- und Rentenversicherung bald beweisen können. Vorläufig hat man allen Grund zum Mißtrauen gegen das sozialpolitische Regierungsprogramm. Man wird den Arbeitnehmern einige sozialpolitische Brocken vorwerfen wollen, um die politische und wirtschaftliche Reaktion um so ungehinderter entfalten zu können. Es wird auf die Widerstandskraft und Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen ankommen, ob es bei diesen Brocken bleiben oder ob eine wirkliche Sozialpolitik gemacht werden wird.

A. H.

## Gegen Ueberstunden — für Achtstundentag.

### Große Gewerkschaftskundgebungen in Essen, Köln und Kottbus.

Durch das Bezirkssekretariat für Rheinland-Westfalen wurden am 30. Januar in Essen und am 6. Februar in Köln zwei große Kundgebungen veranstaltet. In Essen waren 3000 und in Köln 1500 freigewerkschaftliche Funktionäre aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet als Vertreter von mehr als 500 000 frei organisierten Arbeitern erschienen. In beiden Kundgebungen hielten die Vorsitzenden des Bergarbeiter-, Metallarbeiter- und Fabrikarbeiterverbandes sowie des AfA-Bundes Referate über den Raub des Achtstundentages und den eingerissenen Unfug des Ueberstundenunwesens. Husemann vom Bergarbeiterverband wies u. a. nach, daß im preußischen Bergbau allein im dritten Vierteljahr 1926 drei Millionen Ueberschichten verfahren worden sind. Wenn nur diejenigen Ueberschichten verfahren worden wären, die zur Leistung von Notstandsarbeiten erforderlich waren, dann hätten etwa 30 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden können.

Brandes vom Metallarbeiterverband bezeichnete es als eine Schmach, daß nach einer Rundfrage in nur 50 Orten und 234 Betrieben der Metallindustrie wöchentlich 1 167 000 Ueberstunden geleistet würden, die für 24 000 Arbeitslose Beschäftigung ermöglicht hätten. Aehnlich sieht es in allen anderen Berufen aus.

Demgegenüber war am 15. Januar 1927 eine industrielle Reservearmee von 1 834 000 Erwerbslosen festzustellen. In dieser industriellen Reservearmee hat das unsoziale Unternehmertum einen Bundesgenossen für Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck.

Reichstagsabgeordneter Brey vom Fabrikarbeiterverband wies auf die ungeheuren Gewinne des Kapitals hin. Der Produktionsindex des Statistischen Reichsamts stieg in neun Monaten seit Jahresbeginn 1926 von 86,7 auf 104,5 Prozent, also über den Stand von 1913. In den letzten drei Monaten nahm der Aufstieg seinen Fortgang. Die Reichsbahn hatte im Oktober arbeitstäglich 151 900 Wagen zu stellen gegen 105 800 im Januar 1926. Also eine Zunahme von fast 50 Prozent. Was den Kapitalmangel anbetrifft, der zur Verlängerung der Arbeitszeit gern geltend gemacht wird, gibt eine Schrift der Reichskreditgesellschaft „Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1926/27", folgende Auskunft: „Der Produktionsüberschuß, der im Wirtschaftsjahr 1926 zur Bildung von Eigenkapital verwendet wurde, ist 6,3 Milliarden Reichsmark"; die bekannte gut unterrichtete „Frankfurter Zeitung" schätzt diesen Ueberschuß sogar auf 7,5 Milliarden Mark. Genau so sieht es an der Börse aus. Nach dem Aktien-Index der genannten Zeitung stiegen die Kurse der maßgebenden deutschen Aktiengesellschaften vom 2. Januar 1926 bis zum 31. Januar 1926 durchschnittlich um 137 Prozent, in den Aktiengruppen der chemischen Industrie sogar um 200 Prozent. Ueber die Entwicklung der Wirtschaft im Jahre 1927 haben berufene Beurteiler die günstigsten Urteile abgegeben, die zusammengefaßt lauten: Die Wirtschaft ist im Aufstieg.

Bei solcher Sachlage ist verlängerte Arbeitszeit und Ueberstundenwirtschaft trotz Millionen Arbeitsloser unhaltbar. Die Forderungen beider Versammlungen wurden daher in Entschließungen festgelegt, denen wir folgendes entnehmen:

> Durch die Rationalisierung der Wirtschaft wurden Tausende und aber Tausende Arbeitskräfte frei. Mit dem Fortschreiten der Rationalisierung wurde in zunehmendem Maße ein Ueberstundenunwesen eingeführt, das den entschiedensten Protest nicht nur der Erwerbslosen, sondern auch der in Arbeit Stehenden herausfordern muß. Verweigerung der Ueberstunden wurde mit Entlassung bedroht. Die Versammlung erwartet von diesem Appell an die Gesamtheit eine so starke Einschränkung des Ueberstundenunwesens, daß nur noch solche Ueberstunden geleistet werden, die aus betrieblichen Gründen unabweisbare Notwendigkeit sind und bezeichnet dies als die Vorbedingung für die Zurückgewinnung des Achtstundentages. Die Zurückgewinnung des Achtstundentages muß deshalb das Werk der Arbeiterschaft selbst sein. Nur in zäher opferbereiter unermüdlicher Arbeit kann das Ziel erreicht werden. Die Versammlung richtet die dringende Aufforderung an alle diejenigen, die den gewerkschaftlichen Organisationen fernstehen, ihre Stellung außerhalb des Kampfgebiets der Arbeiter- und Angestelltenschaft aufzugeben, sich einzureihen in das Arbeiterheer, Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsbrüdern den Kampf zu führen. Die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation hebt das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft und wird vom Unternehmertum am meisten gefürchtet.
>
> Die Bezirksleitung des ADGB. und des AfA-Bundes für den Bezirk Brandenburg hatten die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zu einer großen Kundgebung für den Achtstundentag und gegen die Ueberstunden am 30. Januar nach Kottbus berufen. Kollege Graßmann vom ADGB. hatte den einleitenden Vortrag übernommen. In großen Zügen ging der Redner auf die durch den Krieg national und international veränderte Wirtschaftslage ein. Daraus die Schlußfolgerungen ziehend, kam Kollege Graßmann auf die Rationalisierung zu sprechen. In ihrem Verlauf lasse diese den Versuch erkennen, daß sie auf Kosten der Arbeiter und Angestellten vor sich gehen solle. Zur Frage der Arbeitslosigkeit übergehend erläuterte der Redner das von den Gewerkschaften mit entworfene und mit ihrer Hilfe im Reichstag durchgedrückte Arbeitsbeschaffungsprogramm. Zum Schluß betonte Graßmann, daß die Lage der Arbeiterschaft nur durch starke Gewerkschaften zu bessern sei und alles nur durch entsprechenden Druck der vereinigten Arbeiterklasse erreicht werden könne. Kollege Günther vom AfA-Bund und die Kollegin Nietsche vom Textilarbeiterverband ergänzten diese Ausführungen wirkungsvoll. Eine Anzahl Betriebsräte gaben anschauliche Berichte aus ihrem Wirkungskreise. Der Leiter der Tagung, Bezirkssekretär Koll, Bollmerhaus, faßte in seinem Schlußwort das Gesagte in wirkungsvoller Weise zusammen und betonte mit eindringlichen Worten die Bedeutung solcher Demonstrationen und den Nutzen starker gewerkschaftlicher Organisationen. Eine entsprechende Entschließung fand Annahme. Die Niederlausitzer Arbeiterschaft demonstrierte am Nachmittage unter freiem Himmel für obige Forderungen.

## Wer war in englischer Gefangenschaft?

Die englische Regierung hat der deutschen Regierung die erste Rate von 200 000 Pfund überwiesen zur Bezahlung der Guthaben an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Das ist ungefähr der vierte Teil der ganzen Summe, die die englische Regierung zur Verfügung zu stellen beabsichtigt. Diese Guthaben sind eine Art Regelung der Entlohnung der Kriegsgefangenen, die auch von Deutschland getroffen wurde. Alle Personen, die sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben, bzw. deren Erben, auch wenn sie bereits ihr Guthaben ganz oder teilweise in Papiermark erhalten haben, werden aufgefordert, der „Restverwaltung für Reichsaufgaben" Berlin W. 9, Königgrätzer Str. 122, folgende Angaben zu machen: „Betr. Englisches Guthaben. Vor- und Zuname, genaue Adresse, Geburtstag, letzter deutscher Truppenteil zur Zeit der Gefangennahme, Nummer der englischen Gefangenenkompagnie bzw. Depot- oder Lagerbezeichnung." Erben verstorbener Heimkehrer haben außerdem eine amtliche Bescheinigung über ihre Erbberechtigung beizubringen. Jeder weitere Zusatz ist zwecklos. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge der Eingänge der Anträge durch die Post.

Bisher haben sich erst rund 20 000 ehemalige englische Kriegsgefangene gemeldet. Kollegen, die in englischer Gefangenschaft waren, sollten im eigenen Interesse die nötigen Schritte sofort tun.

## Konferenzen der Zahlstellenleiter des Gaues I Rheinland-Westfalen.

Im Anschluß an die Gewerkschaftskundgebungen in Essen und Köln fanden sich die Delegierten zu kurzen Konferenzen zusammen, um zu tariflichen und organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen. Mit Ausnahme der Vertreter aus Arnsberg, Berleburg, Lüdenscheid, Koblenz und Solingen waren alle Delegierten erschienen. In beiden Besprechungen hielt Gauleiter Heilmann einen instruktiven Vortrag über den Verlauf der letzten Lohnverhandlungen. Die Gegenmaßnahmen der Tarifkommission, die ihren Niederschlag in dem Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe fanden; die Ausschreibung der Extrabeiträge zur Stärkung unseres Kampffonds; die Verweigerung der Ueberstunden über das tarifliche und gesetzliche Maß hinaus; die Verlängerung unseres Tarifs bis 31. März und die bevorstehenden Verhandlungen zu neuem Tarifabschluß erfuhren gründliche Würdigung. In reger Aussprache wurden die Maßnahmen der Verbandsfunktionäre allseitig gutgeheißen. Für die Zahlung der Kampffondsbeiträge wolle man sich gern einsetzen und war sogar bereit, bei etwa ausbrechenden Kämpfen die Vermögen der Zahlstellen zur Verfügung des Verbandsvorstandes zu stellen. In allen Zahlstellen sollten Versammlungen stattfinden, die zum neuen Tarifabschluß Stellung nehmen. Lebhaft diskutiert wurde die Haltung des Graphischen Zentralverbandes, der den Aufruf an die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe durch seine Vertreter habe unterzeichnen lassen, aber nicht den Mut zur Ausschreibung von Extrabeiträgen aufbringt. Von der Konferenzleitung wurde darauf hingewiesen, daß uns diese Haltung keinesfalls von der Durchführung unserer Beschlüsse abhalten dürfe, da übrigens beim Graphischen Zentralverband die geringe Mitgliederzahl zu berücksichtigen sei, die als Druckereihilfspersonal in Frage komme. Unsere Kollegenschaft, gleichgültig ob im Buch- oder Steindruck, würde jedenfalls klar die Situation erfassen und nicht nur bereitwillig, sondern freudig unsern Kampffonds stärken. Unter organisatorischen und agitatorischen Fragen wurden sodann eine ganze Reihe Einzelfälle behandelt, die äußerst lehrreich waren. Einen besonderen Raum nahm die statistische Erhebung vom 31. Dezember 1926 für den Gau ein. An Hand der eingegangenen Fragebogen wurde nachgewiesen, daß in manchen Zahlstellen noch vieles nachzuholen ist, das trifft nicht nur auf Versammlungswesen und Aufklärung der Mitglieder zu, auch auf die Agitation. Obwohl die Werbewochen des IV. Quartals einen erfolgreichen Aufstieg gebracht hätten, müßte auch die jetzige Tarifbewegung zu nachhaltiger Agitation verwandt werden. Nach Besprechung kassentechnischer Fragen durch den Kassierer Schaeffer wurden die Konferenzen mit der Aufforderung zu allseitiger tatkräftiger Mitarbeit geschlossen.

## Aus den Zahlstellen.

**Im Gau 10** fanden in Rostock, Schwerin, Lübeck, Kiel und Flensburg in der Woche vom 31. Januar bis 5. Februar gut besuchte Versammlungen statt, in denen Kollege Lohse über: „Arbeitszeit, Lohn- und Tarifragen" sprach.

Kollege Lohse gab einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die gewerkschaftlichen Kämpfe zur Erringung des Achtstundentages in der Vorkriegszeit. Die Nachkriegszeit hat durch den Aufruf der Volksbeauftragten den Achtstundentag erhalten, doch leider nicht die gesetzliche Verankerung. Durchbrochen ist der Achtstundentag durch das Arbeitszeitgesetz vom Dezember 1923. Die Gewerkschaften verlangen den Achtstundentag gesetzlich festgelegt. Spitzenverbände und Gewerkschaftsbund bemühen sich besonders. Anträge an die Regierung und an den Reichstag haben sie gestellt. Jetzt liegt es an den Gewerkschaftsmitgliedern, den nötigen Nachdruck zu geben, damit der Achtstundentag Gesetz wird.

Der gute Besuch der Versammlungen zeigt, daß die Kollegenschaft die Lohn- und Tariffrage besonders interessiert. Die Lohnforderung ist abgelehnt und der Schiedsspruch des Schiedsamts ist verbindlich erklärt und läuft bis 31. März 1927. Das ist bekannt unter der Kollegenschaft. Verhandlungen über den Manteltarif stehen bevor und bei diesen Verhandlungen wird die Lohnfrage im Vordergrund stehen. Die Prinzipale wollen am Hilfsarbeitertarif abbauen, wollen, wenn es irgend angeht, vom Hilfsarbeitertarif überhaupt los. Wir sind Tarifreunde, doch nicht unter allen Umständen. Verschlechterungen weisen wir zurück, doch Verbesserungen müssen vorgenommen werden. Hierauf haben wir uns einzustellen und haben schon jetzt unsere Maßnahmen zu treffen. Die Ueberstunden auf das gesetzliche Maß zu beschränken, den Kampffond zu stärken, ist unsere Pflicht. Dem Aufruf der Verbandsvorstände geben wir voll unsere Zustimmung. Kein Schritt zurück, sondern vorwärts geht unser Weg und wenn es sein muß, bis zum äußersten Ende. Wir schließen die Reihen fester und sehen mit Ruhe den kommenden Dingen entgegen.

In Bremen und Bremerhaven, wo die Versammlungen ebenfalls gut besucht waren, sprach Kollege Sellge am 1. und 2. Februar ebenfalls im Sinne des Kollegen Lohse. — Alle Versammlungen machten sich die Hamburger Entschließung zu eigen.

**Bremen.** Die kritische Zuspitzung unserer Tarifbewegung bewte auch die Mitgliedschaft der Zahlstelle Bremen am 2. Februar äußerst zahlreich im Gewerkschaftshause versammelt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde zunächst die von den Revisoren bestätigte Abrechnung vom 4. Quartal 1926 zur Kenntnis genommen und genehmigt. Nach kurzer Einführung des Referenten Kollegen Karl Sellge, Hamburg, durch den Vorsitzenden nahm jener das Wort, um der Kollegenschaft über die augenblickliche Situation, den Verlauf der Lohnverhandlung, die Konferenz der Gauleiter und die Anträge zu den neuen Verhandlungen ausführlich zu berichten. Durch Ergänzung des Vorsitzenden fand die Stimmung und Willensäußerung der Versammelten in folgender Entschließung, welche einstimmig angenommen wurde, ihren Ausdruck:

> „Das am 2. Februar im Gewerkschaftshause versammelte Hilfspersonal, über Verlauf und Resultat der Lohnverhandlung unterrichtet, gibt hiermit seine Unzufriedenheit kund und fügt sich demgemäß nur widerwillig der Verbindlichkeitserklärung. Bei den in Kürze erneut stattfindenden

Verhandlungen ist das Hilfspersonal nicht willens, einen Abbau des bisher Erreichten hinzunehmen, sondern erwartet eine wesentliche Aufbesserung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dem Hauptvorstand volles Vertrauen entgegenbringend, beauftragt es ihn, alle gewerkschaftlich zulässigen Mittel und Wege zu benutzen, um dieses Ziel zu erreichen."

Mit einem Hinweis auf die am Orte neu gegründete „Graphische Jugend" schloß der Vorsitzende die eindrucksvolle Versammlung.

**Essen.** Am 16. Januar hielt das Essener Hilfspersonal seine diesjährige Generalversammlung ab, die gut besucht war. Vom Kollegen Fiedler wurde folgender Antrag eingebracht und einstimmig angenommen: „Zur Hebung der Verbandstätigkeit der Frauen in unserer Organisation wird eine Kollegin als Vertrauensperson für die weiblichen Mitglieder gewählt, die Sitz und Stimme im Vorstand hat. Eine Versammlung für weibliche Mitglieder ist einzuberufen mit der Tagesordnung: „Warum müssen sich die im Betrieb tätigen Frauen gewerkschaftlich organisieren?" Darauf gab der Kassierer, Kollege Ewert, den Kassenbericht. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Als erster Vorsitzender wurde Kollege Fiedler mit Stimmenmehrheit und als zweiter Vorsitzender Kollege Theil einstimmig gewählt. Der übrige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als Vertrauensperson für die weiblichen Mitglieder wurde Kollegin Schleßer einstimmig gewählt. Am Schluß dankte Kollege König namens aller Arbeitslosen für die ihnen von der Zahlstelle ausgezahlte Weihnachtsunterstützung und machte die arbeitslosen Mitglieder auf den von den Buchdruckern und Hilfsarbeitern gemeinschaftlich geführten Arbeitsnachweis aufmerksam.

**Gera.** Am 5. Februar hielt die Zahlstelle Gera ihre Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende gab zuerst einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. Der Versammlungsbesuch konnte besser sein. Die Kassenverhältnisse sind gut zu nennen. Hierauf referierte Gauleiter Behrendt über: „Kündigung des Reichstarifs". In kurzen aber treffenden Ausführungen verstand er es, den Zuhörern den Ernst der augenblicklichen Situation vor Augen zu führen. Redner kam auch auf den hohnsprechenden Schiedsspruch für die Buchdrucker zu sprechen. Die Aussprache ergab, daß die Kollegenschaft bereit ist, jetzt jede notwendig werdende Maßnahme der Verbandsinstanzen zu unterstützen, damit der Verschlechterungsversuch bei den kommenden Verhandlungen abgewiesen wird. Die Versammlung beschloß einstimmig, trotz des minimalen Lohnes den Extrabeitrag bis zur Klärung der Lage zu bezahlen. Gleichzeitig wurde die Erhöhung des Lokalbeitrags für männliche Mitglieder um 30 Pf. und für weibliche um 15 Pf. einstimmig beschlossen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Mahnung, das Gehörte zu beherzigen und alle noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen, damit dem Unternehmertum eine geschlossene Arbeiterschaft gegenübersteht, die bereit ist, ihre schlechte Lebenslage mit allen Mitteln zu verbessern.

**Görlitz.** Generalversammlung vom 3. Februar 1927. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Ableben des Kollegen Hecht in der üblichen Weise. Gegen die Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern (zwei davon waren bei den Christlichen organisiert) erhob die Versammlung keine Einwände. Vom Vorsitzenden wurde der Jahresbericht und vom Kassierer der Kassenbericht gegeben, woraus ersichtlich war, daß die Organisations- und Kassenverhältnisse als gut zu bezeichnen sind. Eine Aussprache hierüber erfolgte nicht. Hierauf sprach Kollege Reinhold über die Lage im Gewerbe nach den gescheiterten Lohnverhandlungen. Redner verstand es ausgezeichnet, der Versammlung die Absichten der Unternehmer, insbesondere der Buchdruckereibesitzer, die gegen das Hilfspersonal geplant sind, vor Augen zu führen. Lohnabbau und Loslösung vom Buchdruckertarif ist ihr Bestreben. Dadurch war die Gauleiterkonferenz gezwungen, zu Gegenmaßnahmen zu greifen und Extrabeiträge zu erheben. Dem Vortrag folgte eine rege Aussprache. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Die stark besuchte Versammlung des Hilfspersonals der Görlitzer Buchdruckereien nimmt Kenntnis von den gescheiterten Tarifverhandlungen und protestiert auf das schärfste gegen die Rückständigkeit der Unternehmer. Sie beauftragt die Verhändler, bei den kommenden Verhandlungen eine Lohnerhöhung unter allen Umständen durchzusetzen, wenn es sein muß, den Kampf als letztes Mittel anzuwenden." Es folgte die Vorstandswahl, wobei der alte Vorstand bis auf den zweiten Vorsitzenden (welcher freiwillig ausschied) wiedergewählt wurde; er setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: 1. Vorsitzender: Franz Krause, 2. Vorsitzender: Paul Sperling, Kassierer: Richard Schneider, 1. Schriftführer: Kollegin Steudler, 2. Schriftführer: Kollege Spittler, Beisitzer: Kolleginnen Liewald und Leopold, Revisoren: Kolleginnen Seidel, Rudolph und Kolege Schulz. Es wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen, worauf die Versammlung mit Worten des Dankes an den Gauleiter sowie die Versammelten in später Stunde ihr Ende erreichte.

**Halle.** Mitgliederversammlung am 9. Februar. Ueber die Kündigung des Reichstarifs sprach Gauleiter Kollege Behrend, Leipzig. An Hand von Beispielen führte er aus, daß die Unternehmer nicht nur Lohnabbau, sondern in bezug auf Ferien und Feiertagsentschädigung u. a. m. tarifliche Verschlechterungen verlangen. Weiter kritisierte er das Ueberstundenunwesen und ermahnte die Mitglieder, alle über das gesetzliche Maß hinausgehenden Ueberstunden abzulehnen, damit die Unternehmer nicht mit hohen Löhnen, wie sie es bereits getan, operieren können. Die erste Pflicht aller Mitglieder ist es, eine restlose Organisierung der Betriebe durchzuführen.

In der ziemlich lebhaften Diskussion verlangten die Mitglieder nicht Abbau des Lohnes, sondern auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Aufbesserung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung protestiert gegen die Absichten der Unternehmer, einschneidende Verschlechterungen des Hilfsarbeitertarifs vorzunehmen. Die Hilfsarbeiterschaft ist bereit, alles daran zu setzen, die weitere Verelendung der Hilfsarbeiterschaft abzuwehren."

Nach Entgegennahme des Jahreskartellberichts wurden die Mitglieder darauf hingewiesen, ihren Verpflichtungen in bezug auf Extrabeiträge und Reste nachzukommen, damit etwaige Differenzen bei Unterstützungsauszahlungen vermieden werden.

**Hildesheim.** Am Freitag, den 4. Februar, hielt die hiesige Zahlstelle eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: „Die Tarifkündigung im Buchdruckgewerbe", zu welcher der anwesende Gauleiter Kollege Sparkuhl ein vortreffliches Referat hielt. Der Wille der hiesigen Kollegenschaft kam in folgender Entschließung zum Ausdruck: „Die Versammlung bekundet einmütig, mit aller Kraft das bisher Errungene zu verteidigen und beauftragt unsere Unterhändler, bei den bevorstehenden Verhandlungen mit allem Nachdruck für die Erhaltung und den weiteren Ausbau des Reichstarifs einzutreten." Nachdem noch einige interne Ortsgruppenangelegenheiten besprochen waren, fand die sehr anregend verlaufene Versammlung ihr Ende

**Kempten (Allgäu).** Unsere Generalversammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Gauleiter Lohmeier referierte über das Thema: „Der bevorstehende Kampf der graphischen Hilfsarbeiter." Der Beschluß der Gauleiterkonferenz, einen Extrabeitrag zu erheben, wurde freudig begrüßt. Viele Kollegen erklärten sich bereit, anstatt 50 Pf. 1 Mk. zu zahlen. Den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete der Vorsitzende Kollege Weymann, den Kassenbericht der Kassierer Kollege Kolb. Der Gesamtverwaltung wurde das Vertrauen ausgesprochen und daher bei der Neuwahl sämtliche Ausschußmitglieder einstimmig wiedergewählt. Die Versammlung versprach, unbedingt Disziplin zu bewahren und die Beschlüsse des Verbandsvorstandes strikte durchzuführen.

**Lahr.** Am Freitag, dem 4. Februar, tagte im „Prinzen" unter dem Vorsitz des Kollegen Steiert eine gut besuchte Versammlung aller graphischen Hilfsarbeiter, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Kollege Werner-Stuttgart zeichnete in seinem Vortrag ein naturgetreues Bild der überaus gespannten Lage, welche den engsten Zusammenschluß aller Berufsangehörigen bedingt. Aus dessen Darlegungen ergab sich mit zwingender Notwendigkeit, daß ein Kampffonds unbedingt zur Wahrnehmung der Interessen der Kollegenschaft nötig ist, welche Notwendigkeit dann in der folgenden Aussprache auch allseitig anerkannt wurde. Eine dementsprechende Resolution, welche die Erhebung des Extrabeitrages billigt und gegen die Verschlechterungsabsichten der Unternehmer Verwahrung einlegt, fand einmütige Annahme. Nach Erledigung einiger weiteren internen Verbandsangelegenheiten konnte dann die anregend verlaufene Versammlung geschlossen werden.

**Minden.** In der gut besuchten Versammlung am 31. Januar sprach Kollege Sparkuhl, Hannover, über die Kündigung des Reichstarifs. In der Diskussion kam einmütig zum Ausdruck, sich keine Abzüge gefallen zu lassen und entschlossen zusammenzustehen, um weitere Vorteile zu erzielen. Ferner wurde auch die Invalidenversicherung erwähnt. Alle Mitglieder waren für ihre baldige Einführung. Der Vorsitzende mahnte die Kollegenschaft zur weiteren Einigkeit. In unseren Hauptvorstand setzen wir das Vertrauen, daß er die bevorstehenden Tarifverhandlungen zum Wohl der gesamten graphischen Hilfsarbeiterschaft durchführen wird.

**Stuttgart.** Am 31. Januar fand im Gewerkschaftshause eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Sie ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben des verstorbenen Kollegen J. Ikinger in der üblichen Weise. Kollege Werner machte die Kollegenschaft auf die Zurückerstattung der Lohnsteuer aufmerksam und ermahnte alle Kollegen und Kolleginnen, sich vollzählig an den vom Mieterverein stattfindenden Protestversammlungen gegen die geplante Mietpreiserhöhung zu beteiligen. Nach einigen weiteren Mitteilungen nahm sodann Kollege Werner das Wort, um in einem gut ausgearbeiteten Referat der Kollegenschaft Bericht von den stattgefundenen Lohnverhandlungen zu erstatten. Mit Bedauern mußte festgestellt werden, daß es bei den Lohnverhandlungen ausgerechnet Stuttgarter Unternehmer waren, die in echt scharfmacherischer Weise die Not der Kollegenschaft bestritten. Sie operierten mit den hohen Löhnen, die Gehilfen und Hilfspersonal in Stuttgart verdienen. Ueberstunden, die hauptsächlich vor Weihnachten im Zeitungsgewerbe geleistet werden müssen, gaben den Unternehmern Veranlassung, mit Wochenlöhnen von 100 und mehr Mark zu operieren. Dies sollte der Kollegenschaft doch nun endlich die Augen öffnen; mit Ueberstunden kann die Lage der Arbeiterschaft nicht gebessert werden. Unsere Gauleiterkonferenz war einmütig der Auffassung, daß wir eine Stärkung des Kampffonds vornehmen müssen. Unser Reichstarif ist den Unternehmern schon lange ein Dorn im Auge. Dessen muß sich auch die Kollegenschaft bewußt sein, ist erst einmal Bresche gelegt im Buchdruckgewerbe, geht es allen unseren anderen Berufsangehörigen an den Kragen. Wenn ein jeder von uns sich bewußt ist, daß seine eigenen Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, dann kann er sich nicht verschließen, den Maßnahmen der Gauleiterkonferenz zuzustimmen.

Eine lebhafte Diskussion setzte darauf ein. Mit einer Ausnahme waren sich alle Diskussionsredner einig, den Kampfmaßnahmen ihre Zustimmung zu geben und alles daran zu setzen, daß die beschlossenen Extrabeiträge restlos von der gesamten Kollegenschaft abgeführt werden. Desgleichen muß aber auch von der Kollegenschaft verlangt werden, daß ein jeder seine Pflicht tut, um die wenigen uns noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen. Von einem Diskussionsredner wurde ein Antrag eingebracht, daß während der Dauer der Tarifbewegung gemeinsame Versammlungen mit den Gehilfen abgehalten werden sollen. Dieser Antrag wurde gegen sechs Stimmen angenommen und soll der örtlichen Gehilfenleitung übermittelt werden. In einer gegen eine Stimme angenommenen Entschließung heißt es: „Die Versammelten stellen sich geschlossen hinter den Aufruf ihrer Vertreter in der Tarifkommission und begrüßen insbesondere die Ausschreibung der Extrabeiträge als Vorbereitung für den zu erwartenden Tarifkampf. Alle Versammelten verpflichten sich, dafür einzutreten, daß jeder Kollege und jede Kollegin dieser Aufforderung nachkommt, damit der Verband noch weiterhin finanziell gestärkt wird. Da die Unternehmer bei den Verhandlungen mit den angeblich hohen Löhnen der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe zu unseren Ungunsten vor den Schiedsinstanzen operiert haben und diese höheren Löhne nachgewiesenermaßen nur durch eine große Anzahl Ueberstunden erreicht werden konnten, verpflichten sich die Versammelten, bis auf weiteres Ueberstunden über die gesetzliche Verpflichtung hinaus nicht zu leisten.

Gleichzeitig übernimmt die Kollegenschaft die Verpflichtung, noch mehr wie seither für die Ausbreitung des Verbandes besorgt zu sein."

Mit dieser Versammlung hat die Stuttgarter Kollegenschaft gezeigt, daß sie gewillt ist, den Kampf um bessere Lebensgestaltung mit dem Unternehmertum aufzunehmen.

**Wiesbaden.** Die Zahlstelle Wiesbaden hielt am 28. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Kollege Leimer erstattete den Jahresbericht und bemerkte u. a., daß die Mitgliederzahl ständig steigt. Sie betrug Anfang des vergangenen Jahres 54 und erhöhte sich bis Ende 1926 auf 84 Mitglieder. Alsdann berichtete der Kassierer Kollege Kremer über die veranstaltete Weihnachtsfeier, die einen guten Abschluß gefunden hat. Kollege Löffler als Kassenrevisor fand die Kasse in bester Ordnung. Die nun vorgenommene Vorstandswahl zeigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Leimer, Kassierer Kollege Kremer, Schriftführer Kollege Ackermann, Kassenprüfer Kollegen Löffler und Bergs, mithin bleibt der alte Vorstand bis auf eine Ausnahme bestehen. Als Delegierte für das Gewerkschafts- bzw. Graphische Kartell wurden die Kollegen Jörbach und Röder gewählt, und als Delegierte für den am 12. und 13. März stattfindenden Gautag in Frankfurt einstimmig der Vorsitzende und Kassierer. Unter Punkt Verschiedenes fanden kleinere Anfragen ihre Erledigung. Kollege Markloff dankte im Namen der erwerbslosen Mitglieder für die Extraunterstützung aus dem Ueberschuß der Weihnachtsveranstaltung. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende nochmals zum Zusammenhalten und gebrauchte die Worte: Unter dem Banner der Organisation können wir die Ränke, die die Unternehmer gegen uns schmieden, vereiteln. Bei gemütlichem Zusammensein fand die Versammlung einen harmonischen Abschluß.

## Abrechnungen.

In der Woche vom 7. Februar bis 12. Februar 1927 sind bei der Hauptkasse folgende Abrechnungen eingegangen:
Gau 4 (München) und Gau 10 (Hamburg).
In derselben Zeit kam Geld aus Gau 4 (München) = 8410,59 Mk.

Berlin, den 12. Februar 1927. Heinrich Lodahl.

**Für die Woche vom 20. bis 26. Februar 1927 ist die Beitragsmarke in das 8. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.**

Unserer lieben Kollegin **Frieda Smetta** nebst ihrem Bräutigam Herrn Erich Neubert **zur Vermählung** am 12. Februar die **herzlichsten Glückwünsche.**

**Die Kollegenschaft der Firma Union-Werke, Dresden-Radebeul.**

Unser lieben Kollegin **Lina Schneider** und ihrem Bräutigam Herrn Erich Neubert **zur Vermählung** am **Verlobung.**

**Zahlstelle Meiningen.**

## Zahlstelle Dresden.

Sonnabend, den 19. Februar 1927

# Bunter Abend mit Tanz

im „Volkswohl" (Trianon-Saal).

Mitwirkende:
Volkswohl-Orchester (Direktor Förster).
Opernsänger: Karl Lohse-Helfmuth.

Motto:
Humor. Frohsinn. Ulk.

Einlaß 6 Uhr. Preis der Karte 60 Pf. Anfang 7 Uhr.

## STERBETAFEL.

Wir erfüllen hierdurch die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben nachfolgender Verbandsmitglieder in Kenntnis zu setzen:

**Hedwig Mühle**
(Firma: Kunstdruck A.-G.),

**Hermann Gleisberg**
(Firma: „Dresdner Nachrichten").

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

**Die Mitgliedschaft Dresden.**

Am 5. Februar verschied nach langer Krankheit im Alter von 35 Jahren unser Kollege

**Karl Senling**
(i. Fa.: „Frankfurter General-Anzeiger").

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

**Die Zahlstelle Frankfurt a./M.**

Am 1. Februar 1927 verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Invalide

**Konrad Hecht**

im 70. Lebensjahre.

Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm

**die Zahlstelle Görlitz.**

Am 26. Januar 1927 verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege

**Otto Tengler**
(i. Fa.: Gentzsohn)

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

**die Zahlstelle Stettin.**

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1828. – Verlag: H. Lodahl, Charlottenburg. – Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.